

Der Eber

Bürgerzeitung der Eberner SPD

Ebern, im Dezember 2011

1/2011

Was den **Roten Eber** am meisten an den Menschen fasziniert, ist ihre Fähigkeit zu reden. Nein, nicht, dass sie sprechen können. Das beziehungsweise sich mit anderen verständigen kann nahezu jedes Lebewesen auf irgendeine Weise. Die Menschen machen viel Geräusch dabei. Sie reden, quasseln, salbadern, schimpfen, schmeicheln, säuseln, meckern, befehlen, bitten, jammern ... Aber es scheint ihnen oft nicht zu gelingen, dass sie sich dabei verständlich machen. Zumindest reagieren manche Menschen so, als hätten sie das, was andere sagen, nie gehört.

Der **Roten Eber** hat schon mitbekommen, dass die Menschen sich das auch gegenseitig vorwerfen: „Du hörst mir nie zu!“ Das Gegenteil aber auch: „Du redest nie mit mir! Sag halt mal was!“ Solche Fälle scheinen dem **Roten Eber** aber noch heilbar zu sein. Zumindest mit etwas gutem Willen sollte es möglich sein, dass der eine sagt, was ihn bewegt, und der andere dabei zuhört.

Aber was ist, wenn beide Seiten reden und zuhören, und trotzdem kapiert keiner, was der andere sagt? Wenn zum Beispiel Menschen, die in einer engen Straße wohnen, sagen, dass alles in Ordnung ist und niemand ausgewiesene Parkplätze braucht oder möchte, aber andere darauf beharren, dass diese Parkplätze eingerichtet werden müssen, weil die Menschen sie ja brauchen – der **Roten Eber** ist ratlos. Es handelt sich doch nicht um kleine Kinder, die nicht wissen, was für sie gut ist! Deshalb ist der **Roten Eber** auch nicht überzeugt, dass Menschen reden, um sich verständlich zu machen. Aber warum dann?

Ebern braucht eigene Energie

Von Stadtrat Jürgen Hennemann

Vor einem Jahr wäre nichts unvorstellbarer gewesen, als dass die Schwarzen aus der Atomkraft aussteigen. Sie haben sogar noch die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert, Debatten über die Gefahren abgelehnt und Alternativen wie Windkraft verteuert und behindert wo es ging. Nun wollen plötzlich alle die Energiewende – was richtig ist – und ganz besonders und vorneweg die Wendehälse von der CSU! Keine Rede mehr von Verspargelung der Landschaft durch Windräder.

Die SPD hat sich auf verschiedenen Ebenen in den letzten Jahren für alternative Energien eingesetzt und den Ausstieg aus der Atomkraft betrieben. Doch das ist nur der erste Schritt. Eine echte Energiewende geht nur regional, nicht mit den Großkonzernen. Sie ist nur möglich mit einem Mix aus verschiedenen Energieerzeugungsarten: Wind, Solar, Biogas, Kraft-Wärme Kopplung. Nur durch Energieerzeugung in kommunaler Hand gelingt es, Wertschöpfung in der Region zu halten und mit den Einnahmen andere notwendige Aufgaben zu finanzieren.

Weitere Windräder auf den Bretzenstein – kein Problem, wenn dort genug Wind weht, gehören sie auch hin. Und nicht ins Maintal, wie bisher im Regionalplan vorgesehen.

In Ebern ist eine Biogasanlage an der Kläranlage in der Diskussion, die Landwirte betreiben wollen. Der Standort bedeutet kurze Wege für Leitungen in die Stadt und

das ist wichtig, damit wenig Verluste bei der Wärme entstehen. Andere Standorte an der ehemaligen Bundeswehrkaserne scheiden deswegen aus. Der Weg von der Kläranlage über das Freibad (ein Energienutzer, vielleicht ganzjährig mit Hallenbad) wäre gut geeignet, die Stadt günstig zu erschließen. Ein Nahwärmenetz für Ebern ist für die Meisterschule, alle Schulen sowie öffentliche Gebäude und das Krankenhaus in der Diskussion. Aber auch Privathäuser, die an der Leitungs-Trasse liegen, könnten angeschlossen werden. Planungen dazu laufen derzeit.

Die geplanten eigenen Stadtwerke in Kooperation mit den SÜC, den Stadtwerken Coburg, sind wieder in die Ferne gerückt. Hier wurde das Vorhaben zurückgeworfen, da der bisherige Monopolist EON auf seine Vormachtstellung als Netzbetreiber beharrt und sich mit aller Macht rechtlich gegen Netzübernahmen durch Andere wehrt.

Dennoch sollte hier Ausschau nach weiteren Möglichkeiten gehalten werden, um doch noch zu eigenen Stadtwerken zu kommen. Für die Zukunft gibt es nichts anderes, als die Energieversorgung der Bevölkerung wieder in kommunale Trägerschaft zu bekommen. Nur so können langfristig die Versorgung und die Strompreise beeinflusst werden.

Als SPD-Fraktion werden wir darauf bestehen, Kontakte zu Kommunen aufzunehmen, die diesen Weg gegangen sind.



**Kältefest. Gesund.
Rot.**

**Alles Gute im Jahr 2012
wünscht
Ihre Eberner SPD**



Die Rose ist seit über 140 Jahren das Symbol der SPD.

Aus dem Inhalt:

Ohne Hallenbad geht Ebern baden. Aber wohin damit? **Seite 2**

Kinder und Familien brauchen Unterstützung. Was die Grundschule leisten sollte. **Seite 3**

Die Stadtteile: Abgehängt vom schnellen Internet. **Seite 4**

Anliegerparken im Mühlenviertel: Was sagen die Anwohner? **Seite 5**

Zwei Wahlen, ein Termin: Warum die SPD dafür ist. **Seite 6**



Fakt ist: „Unsere“ Schwimmhalle ist nicht mehr zu retten. Das Dach ist derart marode, dass sie gesperrt werden musste. Zum Glück ist nichts passiert. Baufachleute empfehlen Abriss und Neubau.

Und wir alle wollen das möglichst schnell.

So weit sind wir uns einig. Aber da beginnen auch die Probleme.

1. Wer baut und wer bezahlt?

Eigentümer der Schwimmhalle ist der Landkreis. Er muss und

will auch eine neue bauen. Aber die Stadt soll sich beteiligen. Die Schwimmhalle dient in erster Linie den Schulen und den Vereinen als Lehrschwimmbecken. Landkreis (Realschule, Gymnasium, Förderzentrum) und Stadt (Grund- und Mittelschule) müssen als Schulträger ein Lehrschwimmbecken vorhalten. Da erscheint es nur sinnvoll, wenn Stadt und Landkreis gemeinsam bauen. Doch bisher schon konnten sie sich nicht einigen, wer

bei Sanierung und eventueller Erweiterung welchen Kostenanteil trägt. Da ging es nur um die der Halle. Vom kaputten Dach wusste man da noch nichts.

2. Welcher Umfang?

Wenn man schon neu baut, dann versucht man auch, alle Erfordernisse zu berücksichtigen. Auch Vereine nutzen die Schwimmhalle. Hier finden Fitnesskurse statt, hier halten sich auch ganz normale Leute fit. Ein Mutter-Kind-Bereich

wäre schön. Das Becken sollte Wettkampfmaße haben. Eigentlich eine Gelegenheit, alle Nutzer an einen Tisch zu holen, ihre Wünsche und Erfahrungen einfließen zu lassen.

3. Wohin soll die neue, schönere und bessere Schwimmhalle? An den alten Platz? Er liegt zentral, aber dort ist es eng, und die Realschule braucht in absehbarer Zeit auch eine Mensa für den Ganztagsunterricht. Aber wenn nicht dort, wo dann?

Wohin mit einer neuen Schwimmhalle? Vier Vorschläge:

Lösung 1

Bauen am alten Platz: Dort ist es zwar eng, es stehen nur wenige Parkplätze zur Verfügung, aber der Standort liegt zentral und ist von allen Schulen aus leicht zu erreichen. Hier wäre nur eine Schulbad möglich. Auch die Schwimmvereine und die Schulen plädieren bislang für diesen Standort. Allerdings wäre er auch der ideale Platz für eine Realschulmensa.

Lösung 2

Ein Neubau an einem anderen Standort. Aber wo? Die Stadt hätte Flächen hinter der Hauptschule. Die Anlage „Deutsche Einheit“ soll laut Flächennutzungsplan und Bürgerentscheid nicht bebaut, das Angerbachtal freigehalten werden. Aber egal wo: Es handelt sich um ein komplett neues Bad. Was nicht geht: Eine Kombination aus Frei- und Hallenbad im inneren Stadtbereich. Zu teuer und problematisch wegen Lärm.

Lösung 3

Eine Halle ans Nichtschwimmerbecken im Freibad. Im Winter innen, im Sommer auch außen. Wir müssen das Freibad ohnehin sanieren. Mit einer Halle hätten wir ein ganzjährig nutzbares Bad an einem Standort. Es bräuchte nur einmal Wasseraufbereitung und Schwimmbadtechnik, das spart erheblich Kosten, die wirtschaftlichste Lösung für Stadt und Kreis. Es ließe sich zudem auf kurzem Wege von einem Biomasseheizwerk an der Kläranlage aufheizen (wenn das denn kommt). Nachteil: Es liegt weiter entfernt von den Schulen, den Schulleitern ist der Weg zu weit.

Lösung 4

Eine Halle direkt neben dem Schwimmerbecken auf die „Spielwiese“. Für das kombinierte Hallen-Freibad könnte ein neuer und behindertengerechter Zugang mit Kasse und Umkleiden geschaffen werden, der außerdem näher an der Stadt liegt. Dann sind auch die Wege kürzer. Auch hier könnte man die Schwimmbadtechnik gemeinsam nutzen und müsste nur noch ein Bad beaufsichtigen.

Was meinen Sie?

Diskutieren Sie mit!
Ab Donnerstag,
29. Dezember,
online auf www.ebern-diskutiert.de.



Die neue Grundschule: Ganztags, flexibel, sozial

Von Ulrike Zettelmeier, Stadträtin

Tagtäglich treffen sich an der Schule viele Menschen, um einen großen Teil des Tages gemeinsam zu verbringen. Lehrer unterrichten und erziehen und Schüler lernen, um sich eine gute Basis für ihre weitere schulische Ausbildung und damit auch für ihr späteres Berufsleben zu schaffen.

Das ist nicht neu, das war auch schon früher so. Neu ist, dass der Unterricht intensiver auf die speziellen Bedürfnisse unserer Kinder ausgerichtet werden muss. Viele Schüler können nicht selbständig arbeiten, sie haben das nicht von ihren Erziehungsberechtigten gelernt. Hinzu kommen neue Familienstrukturen, wie Patchworkfamilien, Alleinerziehende, sozial Schwache sowie Familien mit Migrationshintergrund. Dies alles spricht für das flächendeckende Angebot von Ganztagschulen. Für alle Kinder, egal welcher Herkunft, sollte eine gute Betreuung und Förderung gewährleistet sein. Gleiche Bildungschancen für alle – Herkunft darf kein Schicksal sein!

Man unterscheidet die gebundene Ganztagsklasse von der offenen Form. Unter der ersten Art wird verstanden, dass der Unterricht an mindestens vier Wochentagen von täglich mindestens 7 Zeitstunden für die Schüler verpflichtend ist. Der Unterricht ist auf den Vor- und den Nachmittag verteilt. Über den Tag hinweg wechseln Unterrichtsstunden mit Übungs- und Studierzeiten ab.

In der offenen Ganztagsklasse findet der Unterricht wie gewohnt am Vormittag im Klassenverband statt. Die Schüler besuchen nach dem planmäßigen Unterricht die Ganztagsangebote. Dazu gehören Mittagsverpflegung, Hausaufgabenbetreuung und Förderangebote auch im musischen, künstlerischen und sportlichen Bereich. Offene Ganztagsklassen bieten eine verlässliche

Förderung an mindestens vier Nachmittagen. Die Eltern haben die Möglichkeit auch nur einzelne Tage für ihr Kind zu buchen. Familienarbeit und Berufstätigkeit können somit besser vereinbart werden.

An der Grundschule Ebern kann man beide Modelle finden. Die AWO leistet im Bereich der offenen Ganztagsklasse wertvolle Dienste bei der Betreuung und mit gutem frischem Mittagessen.

Jami-Klassen sind jahrgangsgemischte Klassen (z.B. Jahrgangsstufen 1 und 2), wie sie z. B. an der Grundschule Untermerzbach oder Burgpreppach vorzufinden sind. Eine wohnortnahe Beschulung hätte in diesen Gemeinden sonst nicht mehr gewährleistet werden können. Der Übergang von der Kindertagesstätte in die Grundschule erfolgt kindgemäßer, da das Prinzip der Altersmischung beibehalten wird. Der Unterricht muss allerdings besonders differenziert und individualisiert in den diversen offenen Formen angeboten werden. Das verlangt den Schülern eine hohe Kompetenz im Bereich des selbständigen Handelns ab. Kinder machen sowohl als „Lernende“ (Lernen in



Helfersystemen) aber auch als „Lernende“ (v.a. Lernen am Modell) Erfahrungen und entwickeln sich so in ihrer Persönlichkeit weiter. In besonderem Maße werden soziale Lernprozesse gefördert.

Es gibt noch weitere Modellversuche: Die flexible Grundschule mit Dauer der jahrgangskombinierten Eingangsklasse von einem bis drei Jahre. Egal in welchem Modell, die Kinder sollten aufgehoben sein in einer Atmosphäre des Vertrauens. Nur wenn sich Kinder wohlfühlen, können sie ihre Fähigkeiten voll entfalten. Also: Gemeinsam zum Wohl unserer Kinder!



Zwei für die Menschen:

Christian Ude, Oberbürgermeister von München (rechts) und Jürgen Hennemann beim Frankentag der SPD in Würzburg. Aufbauend auf die Stärken der SPD in der Kommunalpolitik will Christian Ude bei der nächsten Landtagswahl mit sozialdemokratischen Lösungen für Bayern punkten.

Unterm Strich

Der Koch, der Bürgermeister, die Stadt und das Recht

Ach, so ein Bürgermeister hat's nicht leicht. Da denkt und tut und macht er nur alles zum Besten der Stadt, und sein Stadtrat begreift's nicht. Zum Beispiel, dass die Küche in der Kantine der früheren Kaserne vermietet wird. Gut, damit war der Stadtrat noch einverstanden. Aber wenn man schon eine Küche vermietet, dann muss man auch eine Küche zur Verfügung stellen, oder? Dass die dampfgetriebenen Geräte nicht mehr funktionieren, weil der Dampf fehlt, musste zwar jedem klar sein, aber dem Mieter doch nicht! Und wenn dann der Bürgermeister die Zusage macht,

dass die Stadt zwei Gasherde als Ersatz hinstellt, so ist das nur zum Besten der Stadt. Sonst stünde die Küche ja weiterhin leer! Doch der Stadtrat hat genau das nicht eingesehen. Begründung: Alle anderen Unternehmer müssen ihre Betriebe auch selbst einrichten. Aber in diesem Fall tun's die Steuerzahler, darunter die anderen Wirte und Essenslieferanten in der Stadt.

Wenn der Stadtrat nicht will, entscheide ich halt alleine, hat der Bürgermeister gesagt und Herde gekauft. Es mag ja vorkommen, dass der Bürgermeister eine

andere Auffassung von den Dingen hat als der Stadtrat. Aber die Geschicke der Stadt bestimmt der Rat, nicht der Bürgermeister allein. Sein Job ist es, Stadtratsbeschlüsse umzusetzen und nicht, das Gegenteil von dem zu tun, was der Stadtrat wollte.

Das sieht im Übrigen auch die Kommunalaufsicht so. Selbst wenn der Bürgermeister in erster Linie den Mietvertrag retten wollte, so hätte er doch nicht gegen den erklärten Willen des Stadtrats entscheiden dürfen. Deshalb, fürs Merkbuch: Der Stadtrat entscheidet. Und der Bürgermeister muss sich daran halten.

Schnelles Internet ist kein Luxus!

Von Nils Kaufmann, Jesserndorf

Nur noch wenige Tage und wir schreiben das Jahr 2012. Das klingt nach Zukunft und Science-Fiction. Tatsächlich leben die meisten von uns in einer nahezu vollständig digitalisierten Welt. Wir Bürger in Jesserndorf und anderen Stadtteilen gehören leider nicht dazu. Der Begriff vom „globalen Dorf“, trifft auf uns nur zur Hälfte zu. Offensichtlich lohnt sich die Investition in unsere Zukunft nicht. Aber mit der Gewerbesteuer aus den vielen erfolgreichen Handwerksbetrieben und Unternehmen in den Dörfern lässt sich so manche Kücheneinrichtung bezahlen. Wäre ja auch schade um die so günstig erworbenen Kasernenanteile.

Unsere Kinder, die zukünftigen Steuerzahler und Wähler, wohnen aber nicht auf dem Bundeswehrgelände, sondern in unseren wunderschönen Dörfern in einer friedlichen und aktiven Gemeinschaft.

Das jahrelange Verhandlungstheater mit diversen Leitungsanbietern zeigt jedoch im Ergebnis unmissverständlich die Prioritätensetzung der städtischen Verwaltung auf. Es soll ja Verantwortliche in Ebern geben, die da meinen, DSL wäre doch nicht so wichtig. Aha. Und die Post könnten wir doch per Kutsche versenden und Kerzen machen auch Licht, oder etwa nicht?

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte es schon lustig sein. Aber das Lachen bleibt



einem hier in der ISDN-Leitung stecken. Grundschüler lösen Schulaufgaben im Internet. Die Umsatzsteuererklärung lässt sich ausschließlich online versenden. Dem neuen Fernseher liegt keine Bedienungsanleitung bei, sondern eine Internetadresse, unter welcher sich das Handbuch einsehen lässt. Überregionale Nachrichten verbreiten sich in Echtzeit über den Globus. Videotheken bieten die neuesten Filme zum Download feil. Aktuelle Mode und Elektronikartikel werden bequem im Online-Shop bestellt und bis an die Haustüre gebracht. Omi und Opi bekommen regelmäßig hübsche Bilder der wohlgeratenen Enkel per E-Mail geschickt. Unternehmen akzeptieren meist nur noch

elektronische Bewerbungsschreiben und Kandidaten absolvieren Eignungstests auf Online-Plattformen. Online Banking. Werkstatttermine. Behördenanfragen. Auftragsanfragen...

Liebe Stadtverantwortliche, glauben Sie wirklich, dass Breitbandversorgung unnötiger Luxus ist? Allerorten wird über Landflucht und Bevölkerungsschwund in außerstädtischen Gebieten geklagt und Sie fragen sich, was man dagegen tun kann? Eines ist sicher: Aus Mangel an Kreisverkehren in Ebern wird mein Kind sicher nicht wegziehen. Übernehmen Sie bitte endlich Verantwortung und kümmern Sie sich. Danke und auf ein gesundes Neues Jahr!

Der Wald – wertvoll für alle!

Von Werner Riegel, Stadtrat, Wald- und Jagdreferent

Als Waldreferent des Stadtrats habe ich einerseits viel mit unseren Förstern und den Forstmitarbeitern zu tun, andererseits mit den Hegegemeinschaften und Waldbesitzern. Dabei gibt es einige Probleme, die beide Seiten betreffen.

Die Energiewende ist schön und richtig. Doch sie kann, wenn wir nicht achtgeben, für den Wald böse Folgen haben. So wird in unserer Region immer mehr Mais für die Biogasanlagen angebaut. Wildschweine tummeln sich gern im Maisfeld und schaden damit den Bauern. Die Jäger können sie dort so gut wie nicht aufstöbern. Wenn die

Wildschweine überhand nehmen, schadet das auch den Wäldern. Das alles sollte bereits bei der Aussaat berücksichtigt werden. Die Vorschläge lauten: Grünstreifen in größeren Maisbeständen lassen, auch genügend Abstand zum Waldrand lassen, Maisfelder mit Elektrozäunen sichern.

Ich bin überzeugt, dass ein Miteinander von Naturschutz und Waldnutzung möglich ist. Das gilt vor allem für das Bundeswehrgelände. Unsere Meinung: Flächen, die jetzt schon von Landwirten genutzt werden, sollten auch bewirtschaftet bleiben. Die Streuobstwiese sollte erhalten werden. Hier gibt es die

Idee, alte Apfelsorten anzupflanzen. Bei den Grasflächen sollte man Landwirte, sich auf die Pflege solcher Flächen spezialisiert haben, mit ins Boot nehmen. Sie lassen Rinder oder Schafe auf den Flächen weiden, um die Verbuschung aufzuhalten. An der einen oder anderen Stelle wäre sicherlich auch ein Aufforsten möglich, ohne dass der Naturwert des Kasernengeländes leidet.

Das Käppele, das für viele Bürger von Ebern ein Wahrzeichen ist, sollte frei zugänglich bleiben. Wir sollten dankbar sein, dass die Käppelesgemeinschaft es unentgeltlich pflegt.



Mit Bürgern entscheiden, nicht gegen sie!

Von Stadträtin Brunhilde Giegold

Alte Stadt, enge Gassen, wenig Platz für Autos. Doch die Bewohner des Mühlviertels kommen damit zurecht. Die Situation war auch schon schlimmer. Da gab es zum Beispiel in den 80er und 90er Jahren die tägliche Kasernen-Rallye: Als die Soldaten aus der Region nicht mehr in der Kaserne übernachten mussten, nahmen viele den Weg durch die Hirtengasse, um schneller Richtung Gleusdorfer Straße und in Richtung Coburg, Kronach, Lichtenfels zu fahren. Erst das Schild „Anlieger frei“ beendete diesen oft gefährlichen Durchgangsverkehr. Damals folgte der Stadtrat einer Initiative der Anwohner.

Anregungen der Bürger aufgreifen, sie bei der Entscheidungsfindung einbeziehen: So sollte unserer Meinung nach der Stadtrat arbeiten. Und nicht, wie bei Ortseinsicht der Arbeitsgruppe von Stadträten geschehen, den anwesenden Bürgern das Wort verbieten. Eine Anliegerversammlung vor einem Beschluss im Stadtrat ist Pflicht, um Meinungen und sinnvolle Ideen der Anlieger einfließen zu lassen. Auch dafür gab es in der Vergangenheit Ansätze. Zu erinnern sei hier an die „Agenda-Arbeitskreise“: Da machten sich Bürger, darunter Experten, Gedanken über Verkehrsentwicklung, Kultur, Umweltschutz – doch der Bürgermeister hat all das ignoriert, so lange, bis auch die Gutwilligsten die Lust verloren, weiterzuarbeiten. Manches wurde einfach in die Schublade gelegt und vergessen.

Ein Verkehrskonzept für die Altstadt wird schon drei Jahrzehnte diskutiert. Es heißt zwar: Was lange währt wird gut. Hier bestehen aber Zweifel. Jetzt will der Bürgermeister die Bürger im Mühlviertel mit Einzeichnung von Parkplätzen zwangsbeglücken. Wir brauchen keinen ausgeschilderten Parkraum im Mühlviertel. Es reicht, wenn eingezeichnet wird, wo man nicht parken kann bzw. darf.

Abgesehen davon, dass es Unsinn ist, wenn hier die Anwohner für ihren Parkplatz bezahlen müssen und im Rest Eberns jeder frei parken darf: Das naheliegende Vorgehen in so einem Fall wäre doch, die Anwohner zum Gespräch zu bitten, die Problemlage gemeinsam zu beurteilen und Lösungen zu suchen. Die Anwohner müssen schließlich damit leben!

Vergessen werden darf nicht, dass die schlechten Straßen endlich im kommenden Jahr repariert werden müssen und da sollte bei der Neubrückentorstraße begonnen werden. Zeit wird's!



Bei der Verkehrsregelung in der Hirten- und Untergasse sollten die Interessen und Wünsche der Anwohner Vorrang haben. (Fotos: Jürgen Hennemann)

Lasst es, wie es ist!

Von Barbara Hahnlein, Anwohnerin

Das Mühlviertel ist ein Ort, wo die Menschen eng zusammen leben. Nach all den Jahren, in denen sich die Bewohner selbst organisiert haben, möchte die Stadt unsere Angelegenheiten regeln. Anwohner-Parkplätze sollen eingezeichnet werden. Parkberechtigt soll man für „5 Euro monatlich“ sein! Die Parkplätze bei uns würden dann nicht mehr ausreichen! Der Bürgermeister argumentiert mit der Zufahrtssicherung für die Feuerwehr. Man soll doch bitte einfach die Flächen kennzeichnen, die frei zu lassen sind. Von der Stadt wird gekontert, dass „diese Haifischzähne“ unschön sind. Wen interessiert

es, dass die „Haifischzähne unschön sind“, wenn dabei unsere Lebensqualität bedroht ist? Der Bürgermeister sagte auf der Bürgerversammlung: „Man sucht den Dialog mit den Anwohnern!“ Hätte man uns gefragt, hätten wir auch gesagt, dass man das Mühlviertel von weiterem Durchgangsverkehr verschonen muss. Stellplätze sollten nicht ausgewiesen werden. Dies würde nur zu einem Verdrängungswettbewerb zwischen den einzelnen Anwohnern und den Patienten einer Arztpraxis führen. Die Bewohner des Mühlviertels wünschen sich nur eines: Es soll so bleiben, wie es ist!



Die Eberner Kapellenstraße: Rechts wird häufig auf dem Gehsteig geparkt. Hier Parkplätze in Abständen auszuweisen würde den Verkehr verlangsamen, regulieren und die Straße für alle sicherer machen.

kurz & knapp

Die SPD bittet um Ihre Meinung: Was halten Sie von einem gemeinsamen Wahltermin 2013 in Bund und Land? (Siehe rechts.) Bitte äußern Sie Ihre Meinung und stimmen Sie ab auf unserer Seite im Internet:

www.ebern-diskutiert.de

*

Was lange währt, wird endlich gut: Die Beleuchtung des Gehwegs von Ebern nach Eyrichshof wurde endlich beauftragt. Auf Antrag der SPD Stadtratsfraktion wurde die Auftragsvergabe sogar noch um zwei bis drei Lampen von Heinerle alt bis zur Specke erweitert. Auch von der Specke her laufen Schüler nach Ebern. Außerdem gibt es ab Elektro Fertsch-Angermüller eine Beleuchtung an der Straße nach Siegfelfeld bis zur Einmündung Johann-Georg-Meusel-Straße. Damit ist eine weitere Lücke geschlossen.

*

Die schlechteste Staatsstraße Bayerns wurde von der Bayern SPD und dem Autoclub Europa (ACE) gesucht. Die SPDEbern hat in diesem Wettbewerb die Neubrückentorstraße, die innerstädtische Verbindung nach Sandhof vorgeschlagen. Hier holpert man mehr über die Löcher im Teer, als dass man von Fahren reden kann. Abhilfe ist hier dringend nötig.

Gesucht: Kontakt zur SPD!

Ja, ich will mehr über den SPD-Ortsverein Ebern wissen.

Kontakt:

Brunhilde Giegold,
Alte Bundesstraße 8,
96106 Ebern-Fischbach
E-Mail:
giegold@ebern-diskutiert.de
www.spd-eborn.de
www.ebern-diskutiert.de

Zwei Wahlen – Land und Bund – ein Termin!

Von Stadträtin Brunhilde Giegold



Der SPD-Landesverband Bayern und die SPD-Landtagsfraktion plädieren für einen gemeinsamen Wahltermin für die Landtagswahl (mit Bezirkswahl) und die Bundestagswahl im Herbst 2013. Sie haben dazu auch einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht. Die Gründe sind, denke ich, für jeden Menschen bzw. Wähler nachvollziehbar und unterstützenswert.

Es entstehen geringere Kosten und weniger Personalaufwand wird benötigt. Gleichzeitig ergibt sich aber eine höhere Wahlbeteiligung. Denn seit Jahrzehnten lag die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen in Bayern regelmäßig um ca. 10 Prozent über der bei den Landtagswahlen - jeweils bei abnehmender Tendenz. So lag die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen seit 1970 in Bayern zwischen 89,8 und 71,6 Prozent, bei den Landtagswahlen zwischen 79,5 und 57,1

Prozent. Ein gemeinsamer Wahltermin für die ansonsten im Abstand von wenigen Wochen fälligen Wahlen erscheint somit auch demokratiepolitisch wünschenswert. Der designierte Spitzenkandidat Christian Ude unterstützt diese Initiative ausdrücklich.

Die SPD-Fraktion stellt deshalb auch einen entsprechenden Antrag an den Stadtrat Ebern:

Der Stadtrat möge beschließen, dass sich die Stadt Ebern dafür einsetzt, dass die im Herbst 2013 anstehenden Wahlen zum 17. Bayerischen Landtag und zum 18. Deutschen Bundestag an ein- und demselben Wahlsonntag stattfinden.

Die Verwaltung wird gebeten, abzuschätzen, in welcher Höhe Kosten für die Stadt und die örtlichen Wahlorgane bei einem gemeinsamen Wahltermin eingespart werden könnten und welche Vorteile beim Personalaufwand entstünden.

Mittelschule rettet keine Schulstandorte

von Stadt- und Kreisrat Jürgen Hennemann

Es ist an der Zeit: Die Abkehr von der Dreigliedrigkeit im Schulsystem muss sein. Was auch der Landrat jetzt (endlich) zur Zukunft der Schullandschaft im Landkreis Haßberge erkannt hat, fordert die SPD schließlich schon seit Jahren!

Genau wie die Hauptschule hat sich auch das Modell Mittelschule längst wieder überholt. Die demographische Entwicklung lässt sich nicht mit Umbenennungen und einem Schülertourismus überlisten. Eher über kurz denn über lang lässt sich die Schließung von Schulstandorten nicht verhindern. Im Landkreis Haßberge könnten, das legt ein Blick in die Statistiken nah, mittelfristig nur noch zwei Mittelschulen erhalten bleiben. Bei den anderen fehlt es einfach an der nötigen Anzahl von Schülern. Wenn Schulstandorte in der Fläche erhalten bleiben sollen, dann nur mit einer Neuordnung des Schulsystems.

Mittel- und Realschule müssen viel enger zusammenrücken. Nur dann ist auf Dauer eine sichere Klassenbildung gewährleistet. Es geht nicht nur darum, einen „Hauptschulzweig“ an den Realschulen zu schaffen, wie das das Thüringer Modell vorsieht. Der Unterricht muss viel flexibler gestaltet werden. Die Schüler müssen dort abgeholt werden,

wo sie gerade stehen, und individuell gefördert werden. Warum sollte es nicht möglich sein, in einzelnen Fächern einen mittleren Abschluss zu machen, während man in anderen „nur“ den Quali ablegt? Eine solche Modularisierung würde die Kompetenzen und Fähigkeiten der Schüler sehr viel klarer herausstellen und sie auch motivieren. Und nebenbei auch den Wünschen der Wirtschaft entgegenkommen. Vorstellbar und ein richtiges Signal wäre das Bemühen um einen Modellversuch für den Haßbergkreis in München. Für eine bessere Zukunft unserer Kinder. Anpacken!

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Ebern, Vorstand. Verantwortlich: Brunhilde Giegold. Redaktionsanschrift: Nikolaus-Fey-Str. 13, 96106 Ebern

Druck: DCT Grafische Betriebe, Coburg. Der Rote Eber erscheint ein bis vier mal jährlich und nach Bedarf. Die Redaktion freut sich über jede Leserschrift.

Internet: www.spd-eborn.de und www.ebern-diskutiert.de